

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Grunwaldt, Dennis Gladiator,
Carsten Ovens, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Mobilität sicherer machen, Menschenleben schützen – „Taskforce
Unfallbekämpfung“ einsetzen**

Mobilität ist nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis. Mobilität ist in Hamburg als pulsierendem Herz einer Metropolregion mit über 5 Millionen Menschen das Lebenselixier für eine lebendige Zivilgesellschaft, eine funktionierende Öffentlichkeit und eine florierende Wirtschaft. Bei der Ermöglichung von Mobilität darf die Verkehrssicherheit jedoch niemals auf der Strecke bleiben.

Aktuelle Unfallzahlen stellen die Geltung dieses ehernen Grundsatzes der Verkehrspolitik akut infrage. So ergab eine CDU-Anfrage (Drs. 21/10150), dass die Zahl der Verkehrsunfälle im ersten Halbjahr auf insgesamt 33.797 und damit auf den höchsten Wert seit 2011 gestiegen ist. Auch die starken Zunahmen bei Verkehrstoten (+ 67 Prozent) und bei Unfällen mit Kindern (+ 8,9 Prozent) geben Anlass zur Sorge. Dies gilt umso mehr, als dass bis zur Jahresmitte in Hamburg (15 Todesfälle) sogar mehr Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen als in Berlin (14 Fälle).

Doch dass Hamburgs Straßen zu einem immer gefährlicheren Pflaster werden, lässt sich nicht nur an den Halbjahresunfallzahlen ablesen, sondern auch an den Ganzjahreszahlen. Während nämlich die Zahl der bei Verkehrsunfällen in Hamburg verunglückten Personen zwischen dem ersten CDU-Regierungsjahr 2001 von 12.494 um 26 Prozent auf 9.220 und damit einen historischen Tiefststand im letzten CDU-Regierungsjahr 2010 sank, wurde dieser Bestwert seither nicht mehr erreicht. Ganz im Gegenteil: Im vergangenen Jahr verunglückten fast 7 Prozent mehr Menschen auf Hamburgs Straßen als noch 2010. Auch die Zahl der Verkehrsunfälle mit und ohne Personenschäden insgesamt ist von 64.375 im Jahr 2010 bis 2016 um 6,4 Prozent auf 68.477 Fälle gestiegen.

Diesem traurigen Trend muss endlich ein Ende bereitet werden. Die Verkehrssicherheit in Hamburg braucht dringend eine Frischzellenkur. Viel zu lange haben ideologische Prestigeprojekte wie das Aufpinseln von Radfahrstreifen auf Hauptverkehrsstraßen oder pseudowirksame Dieselfahrverbote den Blick auf die Grundvoraussetzung von Mobilität verstellt: die Sicherheit. Es spricht Bände, dass das im Juli 2008 vom damaligen CDU-geführten Senat ins Leben gerufene „Forum Verkehrssicherheit Hamburg“ zwischen Anfang 2013 und Ende 2015 kein einziges Mal getagt hat. Erst auf Anfrage der CDU (Drs. 21/1586) wurde dem Forum Verkehrssicherheit wieder Leben eingehaucht. Allerdings mit mäßigem Erfolg, wie die oben angeführten Zahlen belegen. Dazu trägt auch bei, dass sich die Abhängigkeit der Arbeit des Forums Verkehrssicherheit von den parteipolitischen Präferenzen der wechselnden Landesregierungen und ihren jeweiligen Agenden seit 2011 massiv verstärkt hat. Diese parteipolitische Dominanz ist Gift für die Verkehrssicherheit in Hamburg.

Um die Verkehrssicherheit nachhaltig und wirkungsvoll zu verbessern, bedarf es daher der Einsetzung einer speziellen und von politischen Weisungen möglichst unabhängigen Einsatzgruppe mit umfassenden Entscheidungskompetenzen. Die Federführung dieser „Taskforce Unfallbekämpfung“ ist bei der Behörde für Inneres und Sport (BIS) anzusiedeln. Die Taskforce ist schnellstmöglich einzusetzen und mit

der ergebnisoffenen Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Hamburg zu beauftragen. Dem Mitgliederkreis der Taskforce sollen Experten für Verkehrssicherheit von Straßenverkehrsbehörden, Verkehrsverbänden, Fahrzeugherstellern, Mobilitätsdienstleistern und Forschungseinrichtungen auf Landes- und Bundesebene angehören. Die Ausstattung der Taskforce mit Personal- und Sachmitteln soll sich an der entsprechenden jährlichen Ausstattung der Stelle und des Mitarbeiterstabs der Radverkehrskordinatorin in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) orientieren (= Personalmittel in Höhe von rund 255.000 Euro und Sachmittel in Höhe von rund 65.000 Euro).

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. spätestens bis zum 31. Oktober 2017 eine „Taskforce Unfallbekämpfung“ einzusetzen, diese bei der Behörde für Inneres und Sport (BIS) federführend anzusiedeln und mit umfassenden Entscheidungskompetenzen auszustatten. Der Mitgliederkreis der Taskforce soll sich hierbei aus Experten für Verkehrssicherheit von Straßenverkehrsbehörden, Landesbetrieben, Verkehrsverbänden, Fahrzeugherstellern, Mobilitätsdienstleistern und Forschungseinrichtungen auf Landes- und Bundesebene zusammensetzen.
2. die einzusetzende „Taskforce Unfallbekämpfung“ mit der ergebnisoffenen Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Hamburg bis zum 31. Januar 2018 zu beauftragen. Das Maßnahmenbündel soll sich hierbei auf die Aktionsfelder „Mensch“, „Infrastruktur“ und „Fahrzeugtechnik“ fokussieren.
3. der BIS für die Federführung im Rahmen der „Taskforce Unfallbekämpfung“ ausreichend zusätzliche Personal- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Richtwert ist die Ausstattung der Radverkehrskordinatorin und ihres Mitarbeiterstabs in der BWVI.
4. der Bürgerschaft im 1. Quartal 2018, spätestens aber mit der Veröffentlichung der jährlichen Verkehrsunfallstatistik, einen Bericht über die Arbeit der „Taskforce Unfallbekämpfung“ vorzulegen.